

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 11.12.2006
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 5. Dezember 2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von/bis) 17:07 Uhr - 18:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von/bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.10.2006 - öffentlicher Teil -
575/2006**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 4.1 Änderung der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts
574/2006**
 - 4.2 Gründung der Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Hauptstraße**
- 5. Strategische Zielsteuerung**

- 605/2006
6. **Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Regionale 2010**
591/2006
 7. **Reorganisation Bürgerbüros**
608/2006
 8. **XVI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach**
585/2006
 9. **Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach**
584/2006
 10. **Entsendung eines Mitgliedes des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Planungsausschuss**
595/2006
 11. **Anträge der Fraktionen**
 - 11.1 **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 11.10.2006 zur Anfertigung von Niederschriften der Rats- und Ausschusssitzungen innerhalb von zwei Wochen nach der jeweiligen Sitzung**
606/2006
 - 11.2 **Antrag der FDP-Fraktion vom 30.10.2006 zur Reduzierung des Standards bei Pflichtaufgaben**
626/2006
 - 11.3 **Antrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2006 zur Umsetzung des Verbots von Verunreinigungen von Verkehrsflächen und Anlagen**
594/2006
 12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nicht öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.10.2006 - nicht öffentlicher Teil -**
 576/2006

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Ehrung mit der Silbernen Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung**
 515/2006

5. **Änderung des Gesellschaftervertrages der gRheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH**
 187/2006

6. **Informationen zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**
 617/2006

7. **Anträge der Fraktionen**

8. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 12. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Dr. Kassner (CDU), Herr Zalfen, Frau Kreft, Frau Hammelrath (alle SPD) und Frau Beisenherz-Galas (BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Frau Bendig (CDU), Herrn Hoffstadt, Frau Schöttler-Fuchs, Herrn Dr. Miede (alle SPD) und Herrn Ziffus (BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN).

Von der Verwaltung hat sich Frau Fahner entschuldigt.

Herr Orth benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 21.11.2006 mit den dazugehörigen Vorlagen.

Er weist darauf hin, dass für den TOP B 5 noch Beratungsbedarf angemeldet worden sei und dieser heute nicht beraten werden solle.

Herr Albrecht beantragt, auch den TOP A 5 heute nicht zu behandeln, da für seine Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

Hierüber besteht im Hauptausschuss bei Enthaltung der KIDinitiative Einvernehmen.

2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 17.10.2006 - öffentlicher Teil - wird bei Enthaltung der KIDinitiative einstimmig genehmigt.

3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 17.10.2006 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1 Änderung der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts

@-> Herr Orth erläutert die Vorlage. Sie wird von den Hauptausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

<-@
4.2 Gründung der Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Hauptstraße

@-> Herr Orth berichtet, dass am 09.11.2006 die Gründungsversammlung der ISG erfolgreich durchgeführt wurde. Es seien insgesamt 27 Veranstaltungsteilnehmer der ISG beigetreten. Zum 1. Vorsitzenden sei Herr Peter Müller, zu stellvertretenden Vorsitzenden Herr Dr. Alexander von Petersenn und Herr Herbert Krämer gewählt worden. Es habe bei der Versammlung Einvernehmen bestanden, dass die großen Investitionen in der Innenstadt – Rhein-Berg-Passage und Rhein-Berg-Galerie – Maßnahmen aller Eigentümer und Gewerbetreibenden in der Innenstadt erfordern würden, damit das Ziel einer attraktiven Innenstadt erreicht werden könne. Dabei sei angeregt worden, dass auch die Stadt als Grundstückseigentümerin der ISG beitrete. Die ISG habe sich bereit erklärt, solange sich die Stadt in der vorläufigen Haushaltsführung und in der Haushaltssicherung befinde, auf die Erhebung von Mitgliedschaftsbeiträgen zu verzichten. Herr Orth erklärt, dass auch er eine Mitgliedschaft der Stadt in der ISG für sinnvoll halte. In der nächsten Hauptausschusssitzung werde er daher einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorlegen.

<-@
5. Strategische Zielsteuerung

@-> Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt (siehe Beschluss unter TOP A 1).

<-@
6. Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Regionale 2010

@-> Herr Orth erläutert die Vorlage.

Herr Ziffus äußert sich positiv über die Arbeit der Stadtverwaltung in Bezug auf die Beteiligung an der Regionale 2010 und formuliert daraufhin konkrete Änderungswünsche und beantragt, darüber abzustimmen:

1. durchgehende Öffnung der Strunde
2. Abgrenzung des forum-Parks von der Straße L 286 durch zweigeschossige Bebauung (keine offene Stadtpromenade zwischen Schnabelsmühle und forum-Park)
3. Riegelbebauung im Bereich des S-Bahnhofs („Kopfbahnhof“)
4. Parkraumschaffung am Quirlsberg und Nutzung bestehenden Parkraums am evangelischen Krankenhaus, Verbindung zwischen Quirlsberg und Innenstadt, z. B. durch eine Brücke (kein Parkhaus forum-Park).

Herr Orth entgegnet, dass es für derart detaillierte Gestaltungspläne noch zu früh sei.

Es gehe im Moment darum, in den dargestellten Bereichen Wettbewerbsverfahren durchzuführen. Über die Ergebnisse der Wettbewerbsverfahren könne dann diskutiert werden. Er schlage vor, die Vorschläge von Herrn Ziffus zu Protokoll zu nehmen und heute nicht darüber abzustimmen.

Herr Schmickler ergänzt, dass es falsch sei, jetzt konkrete Entscheidungen zu treffen und verweist auf den Zeitplan auf Seite 74 der Einladung. Man müsse sich auf offene Wettbewerbsverfahren einlassen, um anschließend im Dialog gute Lösungen zu finden.

Herr Ziffus erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden unter der Bedingung, dass die Formulierungen auf den Seiten 60, 64 und 66 der Einladung („Ansätze werden überwiegend nicht weiterverfolgt“, „Teilbereiche werden weiterverfolgt“, „Arbeit wird weitgehend nicht weiterverfolgt“) gestrichen werden. Nur dann sei die Diskussion wirklich offen.

Herr Orth entgegnet, dass die angesprochenen Formulierungen nur Teil einer Dokumentation von Ergebnissen des Workshops seien und dass daher eine Streichung nicht notwendig sei.

Herr Albrecht, Herr Waldschmidt, Herr Schütz und Herr Kremer erklären übereinstimmend, dass mit der Beschlussfassung ein Vorwärtskommen im Regionale-Prozess beabsichtigt sei, also eine möglichst zügige Einstufung in die Kategorie A durch den Regionale-Beirat. Nach der Beschlussfassung würden offene Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Die Befürchtungen von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN seien unbegründet, ein offenes Verfahren sei gewährleistet.

Herr Albrecht spricht für eine zügige Beschlussfassung aus, da eigentlich bereits in diesem Jahr das Wettbewerbsverfahren S-Bahnhof hätte durchgeführt werden sollen.

Herr Waldschmidt äußert Bedenken über eine mögliche Neuplanung der Musikschule im sog. „Fenster 2“. Er fragt zusätzlich, ob die Verwaltung bereits konkrete Verhandlungen in Bezug auf die geplanten Liegenschaftsankäufe geführt habe.

Dies wird von Herrn Schmickler verneint. Die Verhandlungen über Liegenschaftsankäufe seien aber eine der am schnellsten zu bewältigenden Aufgaben nach der Beschlussfassung über die Beteiligung an der Regionale 2010.

Frau Ryborsch möchte festgehalten haben, dass sowohl die Skizzen als auch die von Herrn Ziffus benannten Kommentare in der Sachdarstellung der Vorlage nicht durch die heutige Beschlussempfehlung als verbindlich festgelegt werden. Der Prozess müsse absolut offen bleiben. Dann könnte sich auch BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN der Beschlussempfehlung anschließen.

Auf eine Frage von Herrn Kremer erläutert Herr Orth, dass die auf Seite 47 aufgeführten Planungskosten bis einschließlich 2007 bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt seien, die aufgeführten Kosten für das Jahr 2008 nicht.

Auf eine Frage von Herrn Lang bemerkt Herr Orth, dass die Höhe der möglichen Zuwendungen in Bezug auf die Regionale 2010 an die Stadt Bergisch Gladbach noch nicht prognostiziert werden könne.

Herr Orth korrigiert den Beschlussvorschlag in der Vorlage, da der Hauptausschuss keine abschließende Entscheidungskompetenz in der Sache habe: statt „Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Weiterführung der Arbeiten für die Projekte (...)“ müsse es korrekt heißen: „Die Verwaltung wird mit der Weiterführung der Arbeiten für die Projekte (...) beauftragt“.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende abgeänderte **Beschlussempfehlung**:

<-@

@-> Die Verwaltung wird mit der Weiterführung der Arbeiten für die Projekte

- 1) Stadt :gestalten auf der Grundlage der Ausarbeitung „Stadt : gestalten, Ausblick 06-07“ – s. Anlage B.
- 2) Kultur –und Landschaftsachse Strunder Bach auf der Grundlage der Ausarbeitung Kultur -und Landschaftsachse Strunder Bach, Ausblick – s. Anlage C

beauftragt.

<-@

7. Reorganisation Bürgerbüros

@-> Herr Orth erläutert die Mitteilungsvorlage.

Auf eine Frage von Herrn Waldschmidt erläutert Herr Widdenhöfer, dass die in der Vorlage vorgesehene Umbaumaßnahme in der Bensberger Bank im Jahr 2007 und die damit verbundene mögliche Unterbringung der Bürgerdienste in einem Container nicht zu Mehrkosten für die Stadt führen würde und dass der Vorschlag von Herrn Waldschmidt, bis zum Abschluss dieser Baumaßnahme die Bürgerdienste im Rathaus Bensberg zu belassen, durchaus sinnvoll sei. Dazu müsste ein geeigneter Raum gefunden werden, die komplette zur Zeit vom Bürgerbüro Bensberg in Anspruch genommene Bürofläche würde dabei jedoch nicht benötigt.

Frau Ryborsch, Herr Albrecht, Frau Koshofer und Herr Lang erklären, dass sie mit dem Beschlussvorschlag einverstanden seien und sprechen der Verwaltung ausdrückliches Lob für die gute Arbeit aus.

Herr Schütz fragt, was die von der Verwaltung favorisierte Unterbringung der Bürgerdienste sei. Die Vorlage erwecke den Eindruck, dass die Verwaltung eine Unterbringung ausschließlich in Filialen der Kreissparkasse Köln bevorzuge. Der Beschlussvorschlag sehe jedoch eine Unterbringung in allen drei Banken vor.

Herr Orth antwortet, dass in der Sachdarstellung/Begründung Alternativen aufgezeigt werden sollen. Der Beschlussvorschlag sei jedoch die von der Verwaltung bevorzugte Lösung.

Herr Albrecht berichtet, dass die Polizei Refrath neue Büroräume suche. Bisher seien in Refrath Polizei und Bürgerbüro in den gleichen Räumen untergebracht gewesen. Die Verwaltung solle prüfen, ob es eine Möglichkeit gebe, diese erfolgreiche Kooperation mit der Polizei in neuen Räumen fortzuführen und welche Kosten dabei entstünden. Herr Hoffstadt ergänzt, dass der TV Refrath in Refrath ein großes Büro

betreibe. Der Verein sei sicherlich bereit, Räume für Polizei und Bürgerdienste zur Verfügung zu stellen. Es solle auch überprüft werden, ob die Öffnungszeiten der Bürgerdienste in Refrath in die Abendstunden ausgedehnt werden könnten.

Herr Orth antwortet auf eine Frage von Herrn Nagelschmidt, dass die Verwaltung in Bezug auf die frei werdenden Räume im Rathaus Bensberg eingehend prüfen werde, ob für eine neue Belegung der Räume Eigenbedarf bestehe oder nicht. Über die Ergebnisse werde der Rat unterrichtet.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit der Kreissparkasse Köln, der VR-Bank und der Bensberger Bank eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen mit dem Ziel, in folgenden Zweigstellen baldmöglichst die notwendigen Arbeits- und Besucherplätze für die mobilen Bürgerdienste der Stadt Bergisch Gladbach einzurichten:

Kreissparkasse Köln: Zweigstellen Herkenrath, Refrath, Hand und Schildgen

VR-Bank: Zweigstelle Paffrath

Bensberger Bank: Zweigstelle Bensberg

2. Die Öffnungszeiten der mobilen Bürgerdienste werden wie folgt festgelegt:

Montag	09.00 Uhr bis 12.30 Uhr 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr	Hand Bensberg
Dienstag	09.00 Uhr bis 12.30 Uhr 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr	Paffrath Refrath
Mittwoch	09.00 Uhr bis 12.30 Uhr	Schildgen
Donnerstag	09.00 Uhr bis 12.30 Uhr 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr	Bensberg Herkenrath
Freitag	09.00 Uhr bis 12.30 Uhr	Refrath

3. Die stationären Bürgerbüros Bensberg und Refrath werden geschlossen.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Mietvertrag über die Räume des Bürgerbüros Refrath fristgerecht zum 25.06.2007 zu kündigen.
5. Die zur Umsetzung des Konzeptes Mobile Bürgerdienste erforderlichen Haushaltsmittel werden im Haushaltsplan 2007 bereitgestellt.

<-@

8. **XVI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach**

@-> Herr Orth erläutert die Vorlage.

Herr Waldschmidt fragt, ob die Kosten für Fehlfahrten auch den anderen Gemeinden in Rechnung gestellt oder ob diese nur von der Stadt Bergisch Gladbach getragen würden. Fehlfahrten würden ja nicht nur auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet anfallen, sondern auch in Overath, Kürten, Rösrath und Odenthal.

Herr Widdenhöfer verweist auf die Seite 120 der Einladung. Von den Kosten für die insgesamt 421 Fehlfahrten seien die Kosten für 308 Fehlfahrten von der Stadt Bergisch Gladbach übernommen worden, die übrigen von Krankenkassen. Gegenüber den anderen Kommunen würden dabei keine Kosten geltend gemacht. Dabei sei jedoch zu beachten, dass die anderen Kommunen von Bergisch Gladbach nur mit Notarzteinsatzfahrzeug (NEF)-Fahrten versorgt würden. Dabei seien lediglich fünf Fehlfahrten angefallen. Der Verwaltungsaufwand, der entstände, um diese fünf Fehlfahrten auf alle Kommunen zu verteilen, stünde sehr wahrscheinlich außer Verhältnis zu den daraus resultierenden Einnahmen. Die Verwaltung werde sich jedoch mit dieser Frage beschäftigen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Die XVI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@
9. Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Frau Schmidt-Bolzmann fragt, warum Feuerwehreinsätze, bei denen überflutete Keller ausgepumpt werden, nicht in Rechnung gestellt würden.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass Leistungen der Feuerwehr grundsätzlich von den Kommunen bereitgestellt und unentgeltlich erbracht werden müssten. § 41 Feuerschutzhilfegesetz formuliere jedoch Tatbestände, die in Rechnung gestellt werden können. Ob diese Tatbestände erfüllt sind, werde nach entsprechenden Feuerwehreinsätzen von der Verwaltung auch geprüft. Wenn ersichtlich werde, dass ein solcher Anspruch besteht, werde dieser auch geltend gemacht. Herr Orth ergänzt, dass der Tatbestand des überfluteten Kellers in § 41 Feuerschutzhilfegesetz nicht aufgeführt sei.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme der BfBB folgende Beschlussempfehlung:

<-@
@-> 1.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Absatz 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW) die Bilanz der städtischen Feuerwehr Bergisch Gladbach zum 31.12.2005 in Aktiva und Passiva mit **23.040.326,02 €** und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von **5.959.276,44 €** fest.

2.

Der Lagebericht 2005 wird gemäß § 26 Absatz 2 EigVO NRW festgestellt.

3.

Der Jahresverlust aus 2005 von 5.959.276,44 € zuzüglich Verlustvortrag in Höhe von 962.383,68 € (Verlustvortrag zum 01.01.2005 6.387.308,68 € abzüglich Verlustausgleich in 2005 in Höhe von 5.424.925,00 €), insgesamt 6.921.660,12 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

<-@

10. Entsendung eines Mitgliedes des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Planungsausschuss

@-> Herr Schütz führt aus, dass Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bergisch Gladbach, die jünger als sechzehn Jahre sind, keine Vertretung hätten. Er bitte darum, endlich auch eine Vertretung für die Jugend in der Stadt einzurichten.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei einer Enthaltung der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung:**

<-@

@-> Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird das Mitglied des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen Herr Hans Lauten anstelle des Herrn Joachim Schermer als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied in den Planungsausschuss entsandt.

<-@

11. Anträge der Fraktionen

11.1 Antrag der Fraktion KIDinitiative vom 11.10.2006 zur Anfertigung von Niederschriften der Rats- und Ausschusssitzungen innerhalb von zwei Wochen nach der jeweiligen Sitzung

@-> Herr Schütz erläutert, dass er die Stellungnahme der Verwaltung nicht nachvollziehen könne. Ein großer Teil der Niederschriften erreiche die Rats- und Ausschussmitglieder derzeit erst vier bis sechs Wochen nach der jeweiligen Sitzung oder sogar erst mit der Einladung für die nächste Sitzung. Dies sei nicht akzeptabel. Auf die im Antrag formulierte Zwei-Wochen-Frist würde er jedoch nicht bestehen, auch eine etwas längere Frist sei als Kompromiss akzeptabel.

Herr Waldschmidt, Herr Lang, Frau Ryborsch und Frau Schmidt-Bolzmann unterstützen diese Auffassung. Herr Orth und Herr Dr. Miede widersprechen den Ausführungen der anderen Rednerinnen und Redner. Herr Orth führt auf eine Bemerkung von Herrn Ziffus aus, dass die Niederschriften schneller angefertigt werden könnten, wenn einige Rats- und Ausschussmitglieder nicht ständig auf eine Wiedergabe von Details in der Niederschrift bestehen würden. Dadurch könnten die Protokolle - auch im Sinne der Geschäftsordnung - wesentlich gekürzt werden.

Daraufhin ändert Herr Schütz den Antrag der Fraktion KIDinitiative dahingehend ab, dass die Niederschriften innerhalb von 28 Tagen nach der Sitzung den Mitgliedern zugeleitet werden sollen.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Niederschriften der Rats- und Ausschusssitzungen sollen innerhalb von 28 Tagen nach dem jeweiligen Sitzungstag den Mitgliedern zugeleitet werden.

<-@

11.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.10.2006 zur Reduzierung des Standards bei Pflichtaufgaben

@-> Frau Koshofer erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag abstimmen:

Für den Antrag stimmen zwei Ausschussmitglieder der FDP. Mit elf Gegenstimmen der CDU und SPD und vier Enthaltungen von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und BfBB wird der Antrag mehrheitlich zurückgewiesen.

<-@

11.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2006 zur Umsetzung des Verbots von Verunreinigungen von Verkehrsflächen und Anlagen

@-> Herr Lang spricht sich gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus. Es wäre schlecht, die Überwachungskräfte des ruhenden Verkehrs mit der Überwachung des Verunreinigungsverbots zu beauftragen, denn dadurch würden die Einnahmen durch Bußgelder wegen Parkverstößen sinken und es würde wahrscheinlich auch keine wesentliche Anzahl von Verstößen gegen das Verunreinigungsverbot verhindert.

Frau Koshofer erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag abstimmen:

Für den Antrag stimmen fünf Ausschussmitglieder von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN, FDP, und KIDinitiative. Mit zwölf Gegenstimmen der CDU, SPD und BfBB wird der Antrag mehrheitlich zurückgewiesen.

<-@

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Nagelschmidt (für Frau Lehnert): Anfragen zur städtischen Förderung von offenen Ganztagschulen

Der von Herrn Nagelschmidt stellvertretend für Frau Lehnert verlesene Fragenkatalog ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Nagelschmidt bittet um eine Beantwortung der Fragen bis möglichst Montag, den 11.12.2006. Herr Orth weist darauf hin, dass Fragen auch direkt an die Verwaltung gerichtet werden könnten, ohne vorher in den Ausschüssen gestellt zu werden. Die Verwaltung werde sich bemühen, die Fragen von Herrn Nagelschmidt rechtzeitig zu beantworten.

Die Anfragen wurden inzwischen rechtzeitig schriftlich beantwortet. Eine Kopie des

Antwortschreibens ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Freese: Anfrage zur Toilettensituation im Stadthaus / in der Innenstadt von Bergisch Gladbach

Herr Freese fragt, ob dem Bürgermeister die Nutzungssituation der Toiletten im Stadthaus bekannt sei und was er für eine Verbesserung der Situation unternehmen wolle. Er habe festgestellt, dass im Stadthaus ein regelrechter „Toilettentourismus“ stattfinde, dass das Stadthaus also von Verwaltungsexternen nur zur Toilettenbenutzung aufgesucht werde. Es müsse überlegt werden, die öffentliche Toilette an der Paffrather Straße/Dr.-Robert-Koch-Straße auch in den Wintermonaten zu öffnen; im Sommer werde diese ja von einem Gaststättenbetreiber unterhalten.

Herr Schmickler antwortet, dass das Thema Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sei und dort an einer Lösung dieses Problems gearbeitet werde. Zur nächsten Sitzung des Ausschusses werde wahrscheinlich ein Ergebnis präsentiert.

Herr Ziffus: Anfrage zu einer möglichen Schließung des Löwencenters in Bensberg

Herr Ziffus fragt, ob die Verwaltung Informationen zur möglichen Schließung des Löwencenters in Bensberg auf Grund der Kündigung eines Supermarktes habe und ob bereits Maßnahmen gegen eine Schließung des Löwencenters geplant seien.

Herr Orth antwortet, dass die Verwaltung sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemühen werde, dass das Löwencenter nicht geschlossen wird.

Herr Schmickler ergänzt, dass die Verwaltung bereits seit einem langen Zeitraum mit den Eigentümern des Objektes dahingehend Gespräche führe, dass das Objekt einer baulichen Weiterentwicklung bedarf. Leider habe das Eigentum an dem Objekt in dieser Zeit häufig gewechselt und keiner der Eigentümer habe in diesen jeweils kurzen Zeiträumen ein vernünftiges Umbaukonzept fertig stellen können, zu dem die Stadt immer Unterstützung in Aussicht gestellt habe.

Herr Ziffus: Anfrage zu einer möglichen Verlegung des Güterbahnhofs

Herr Ziffus fragt, ob es bereits Gespräche mit der Die Bahn AG über eine mögliche Verlegung des Güterbahnhofs gegeben habe.

Herr Schmickler antwortet, dass die Stadt zu diesem Thema nicht mit der Bahn in Kontakt stehe. Eine mögliche Verlegung des Güterbahnhofs würde einen sehr hohen finanziellen Aufwand für die Bahn verursachen und Überlegungen bzw. Forderungen der Stadt nach einer Verlegung wären für einen Erhalt der Güterverladung in Bergisch Gladbach daher kontraproduktiv.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@

